

05.01.2024

Kleine Anfrage 3142

der Abgeordneten Nina Andrieshen SPD

Strahlende Zukunft – Wie steht es um zukünftige Castortransporte durch NRW?

Seit 2014 ist die Genehmigung für die Lagerung der 300.000 AVR-Brennelement-Kugeln des ehemaligen Forschungsreaktors in Jülich erloschen. Das Material lagert allerdings weiterhin in Jülich, da bis zum jetzigen Zeitpunkt keine klare Lösung verfolgt wurde. Drei Optionen für die Verbringung des Materials wurden seit 2014 in Betracht gezogen: Der Bau eines Zwischenlagers in Jülich, der Transport des Materials in Castorbehältern in das bereits bestehende Zwischenlager in Ahaus, sowie die Rückversickung des Materials in die USA. Letztere Option wurde auf Grund von Sicherheits- und finanziellen Bedenken verworfen.

Die Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag als erklärtes Ziel die Minimierung von Atomtransporten sowie das Vorantreiben des Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich vereinbart. Die Kosten eines derartigen Neubaus liegen nach Schätzungen bei ca. 450 Millionen Euro. Bereits ein seit 2019 vorliegendes Gutachten hatte die Unbedenklichkeit eines Neubaus bescheinigt, nachdem zuvor auf Grund von Erdbebengefahren ein Neubau als zu unsicher angenommen und die Lagergenehmigung in Jülich erloschen war.

Im Gegensatz dazu hat sich der Haushaltsausschuss des Bundestags auf Grundlage eines Berichts von BMF, BMBF und BMUV aus Kosten- und Zeitgründen für die Castor-Transporte ausgesprochen – es sei denn, das Land NRW käme für die Mehrkosten eines Neubaus in Jülich auf. Nach Medienberichten belaufen sich die prognostizierten Kosten der Räumung des Lagers in Jülich auf ca. 200 Millionen Euro. Es werden zwar derzeit beide Optionen verfolgt, es herrscht jedoch Einvernehmen darüber, dass eine parallele Verfolgung beider Optionen schnellstmöglich zu beenden sei. Im Falle der Transportlösung würde der Bund 70 Prozent, das Land 30 Prozent der Kosten tragen. Derzeit rechnet die Jülicher Entsorgungsgesellschaft Nuklearanlagen (JEN) mit 152 notwendigen Transporten. Bereits jetzt werden Leer- und Testfahrten unter Beaufsichtigung des MWIKE durchgeführt, die Transportgenehmigung für die dann vollen Castor-Behälter wird für 2024 erwartet.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie und mit welchen Maßnahmen hat die Landesregierung seit Regierungsantritt den Neubau eines Lagers in Jülich „vorangetrieben“, wie es im Koalitionsvertrag festgehalten ist?
2. Bis zu welcher Höhe ist die Landesregierung bereit, die Mehrkosten eines Neubaus in Jülich zu tragen?

3. Inwieweit unterscheiden sich die baulichen bzw. sicherheitstechnischen Anforderungen an einen Neubau von den derzeit in Jülich vorherrschenden Lagerbedingungen?
4. Wie hoch waren die Kosten der bereits durchgeführten Probetransporte?
5. Wie plant die Landesregierung in Anbetracht vieler Großereignisse in 2024 sicherzustellen, dass eine adäquate Anzahl an Sicherheitskräften während der Transporte verfügbar sind?

Nina Andrieshen